

N I E D E R S C H R I F T

über die 30. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

vom:	28.01.2003
von:	16:30 Uhr
bis:	19:40 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie:

Stv Strunk, Christine - als Vorsitzende -
AM Bäbler, Walter
AM Dehmel, Michael
Stv Fries, Traute
Stv Heupel, Rüdiger - für Stv Gierlich, Michael -
AM Klein, Hermann - für AM Hecker, Heribert -
AM Klein, Marc
Stv Müller, Heinz - für Stv Steuber, Burkhard; bis 18.30 Uhr, während TOP 7 öT -
AM Schäfer, Friedrich-Wilhelm - für Stv Müller, Manfred -
Stv Schiemer, Hansgeorg - bis 19.30 Uhr, während TOP 3 nÖT -
Stv Stahl, Markus
AM Vetter, Wolfgang
AM Dr. Volz, Peter

II. Beratende Mitglieder:

AM Brandl, Willi
AM Gottwald, Ernst
AM Schneider, Walter
AM Zapletal, Martin - für AM Banken, Ulrich, bis 18.50 Uhr, während TOP 12 öT -

III. Als Zuhörer:

AM Kubosch, Ralf

IV. Von der Verwaltung:

StBR Brune
Dipl.-Ing. Schul
Städt. BD Bonstein
VA Bernshausen
Städt. OVR Dr. Kraft
Städt. OVR Düber
VA Röcher
Dipl.-Ing. Weidt
StAR Erner
Dipl.-Ing. Winkel
Stl z. A. Witt - als Schriftführerin -

Nicht anwesend waren:

Stv Gierlich, Michael
AM Hecker, Heribert
Stv Müller, Manfred
Stv Steuber, Burkhard

Zur Tagesordnung:

Zu TOP 13 des öffentlichen Teils erfolgt eine Mitteilung der Verwaltung, die vor TOP 5 abgehandelt wird.
Der nichtöffentliche Teil wird um den nachgereichten TOP 3 erweitert.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (SPD)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Dehmel bestimmt.

30. AfULE 28.01.2003

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 12.12.2002

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

30. AfULE 28.01.2003

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

30. AfULE 28.01.2003

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

30. AfULE 28.01.2003

**5. Beratung des Verwaltungsentwurfs von Haushaltssatzung /
Haushaltplan 2003 einschließlich des Investitionsprogramms 2002-2006**

Herr Erner geht auf die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ein, vor deren Hintergrund die Haushaltsplangestaltung 2003 zu sehen ist. Die vorrangigen Ziele des Haushaltsausgleiches und der Vermeidung einer Nettoneuverschuldung konnten im vorliegenden Entwurf bedauerlicherweise nicht erreicht werden.

Der *Verwaltungshaushalt* weist einen originären Fehlbedarf (strukturelles Defizit) i. H. v. 12,7 Mio. € aus. Inklusiv der Abdeckung des Fehlbetrages aus 2001 ergibt sich ein Gesamtfehlbedarf i. H. v. 37,4 Mio. €. Zu bedenken ist, dass auf der Einnahmeseite in 2003 eine Zuführung vom Vermögenshaushalt aus der Verwertung von RWE-Aktien i. H. v. 8 Mio. € einkalkuliert ist, durch die der originäre Fehlbedarf 2003 in dem genannten Rahmen gehalten werden kann. Da die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr sogar um 0,25 % gesenkt werden konnten, sind die Hauptgründe für den nicht ausgeglichenen Haushalt 2003 auf der Einnahmeseite zu suchen. Insbesondere die schlechte Entwicklung im Bereich der immer unsicherer zu prognostizierenden Gewerbesteuer, aber auch die Negativtendenz bei den Schlüsselzuweisungen, sind für die Situation verantwortlich. Weitere verschlechternde Korrekturen von Einnahmeerwartungen sind im Änderungsdienst auf Grundlage der Ergebnisse des „Arbeitskreises Steuerschätzung“ von Mitte November 2002 vorzunehmen.

Im *Vermögenshaushalt* belaufen sich die Gesamteinnahmen und die Gesamtausgaben auf 47,8 Mio. €. Das Investitionsvolumen beträgt ca. 20,9 Mio. €, durch die im Rahmen des Jahresabschlusses 2002 zu erstellende Änderungsliste (z. B. Neuveranschlagung Busdispositionssystem und Busbereitstellungsplatz) ist jedoch eine Erhöhung absehbar. Der derzeitige Entwurf sieht eine Kreditaufnahme von rd. 4,3 Mio. € vor. Tilgungsleistungen sind mit rd. 100 T€ niedriger kalkuliert, so dass in dieser Höhe eine Netto-Neuverschuldung ausgewiesen werden muss. Eine solche kann in Folgejahren eventuell nur durch Verschieben oder durch Verzicht auf Investitionen vermieden werden.

Der Schuldenstand beläuft sich auf nahezu unverändert 104 Mio. €.

Kassenkredite müssen auch in 2003 in großem Umfang aufgenommen werden, die Haushaltssatzung ermächtigt zu einer maximalen Aufnahme i. H. v. 100 Mio. €.

Das Haushaltssicherungskonzept sieht nach erneuter Überarbeitung einen originär

ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2007 und einen gänzlich ausgeglichenen Haushalt in 2013 vor. Diese Angaben sind mit erheblichen Risiken belastet. Insbesondere ist weiterhin in erheblichem Maße städtisches Vermögen zu veräußern.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege des Rates der Stadt Siegen berät die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Haushaltsansätze. Zu folgenden Positionen werden Anmerkungen, Hinweise und Bitten vorgebracht:

ALLGEMEINE ANMERKUNGEN:

Frau Fries gibt eine Erklärung im Namen ihrer Fraktion ab, wonach sie dem Haushaltsentwurf nicht zustimmen wird. Bei der Einbringung des Haushaltes 2003 am 18.12.2002 haben sowohl der Bürgermeister als auch der Kämmerer darauf hingewiesen, dass der vorgelegte Haushalt sehr risikobehaftet ist. Unter den jetzigen Vorzeichen

- der sich andeutenden pauschalen Ablehnung der von Bürgermeister und Kämmerer unterbreiteten Kürzungsvorschläge sowie
 - der bisherigen Nichtvorlage anderweitiger Finanzierungsmöglichkeiten
- durch die Mehrheitsfraktion sieht sich die SPD-Fraktion außerstande, eine seriöse Beratung zu gewährleisten.

Frau Strunk erklärt im Namen ihrer Fraktion, dass der Haushalt abgelehnt wird, weil insgesamt falsche Prioritäten zugunsten der Großprojekte oder überflüssiger Projekte gesetzt worden sind. In Bereichen innerhalb derer auch Umweltbelange tangiert sind wie z. B. Energiesparmaßnahmen in Schulen oder die Nutzung von regenerativer Energien geschieht nichts. Diese grundsätzliche Verteilung der Haushaltsmittel vernachlässigt die Umweltarbeit und verhindert eine innovative Stadtentwicklung.

VERWALTUNGSHAUSHALT

HHSt. 1.120.5710.2 - Umweltschutzmaßnahmen

Beschluss (auf Antrag von Herrn Schiemer):

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege empfiehlt, den Ansatz der HHSt. 1.120.5710.2 - Umweltschutzmaßnahmen - auf 3.000 € zu erhöhen.

**Beratungsergebnis: 8 Stimmen dafür (CDU, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN),
5 dagegen (SPD, UWG), 0 Enthaltungen**

HHSt. 1.120.5700.5 - Veranstaltungen zum Umweltschutz

Frau Strunk beantragt die Erhöhung des Ansatzes auf 4.000 €, da die Öffentlichkeitsarbeit weiter unterstützt und gefördert werden muss.

Beschluss (auf Antrag von Frau Strunk):

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege empfiehlt, den Ansatz der HHSt. 1.120.5700.5 - Veranstaltungen zum Umweltschutz - auf 4.000 € zu erhöhen.

**Beratungsergebnis: 8 Stimmen dafür (CDU, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN),
5 dagegen (SPD, UWG), 0 Enthaltungen**

HHSt. 1.120.7180.6 - Zuschüsse zu Umweltschutzmaßnahmen

Beschluss (auf Antrag von Herrn Schiemer):

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege empfiehlt, den Ansatz der HHSt. 1.120.7180.6 - Zuschüsse zu Umweltschutzmaßnahmen - auf das Vorjahresniveau in Höhe von 3.500 € zu erhöhen.

**Beratungsergebnis: 8 Stimmen dafür (CDU, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN),
5 dagegen (SPD, UWG), 0 Enthaltungen**

HHSt. 1.580.5101.0 - Baumsanierung und Baumpflege

Beschluss (auf Antrag von Herrn Kubosch):

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege empfiehlt, den Ansatz der HHSt. 1.120.5101.0 - Baumsanierung und Baumpflege - auf 8.000 € zu erhöhen.

**Beratungsergebnis: 1 Stimme dafür (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), 12 dagegen,
0 Enthaltungen**

Damit ist der Antrag abgelehnt.

HHSt. 1.580.7180.0 - Zuschüsse für private Baumpflegemaßnahmen

Da laut Auskunft von Herrn Dr. Kraft nur wenige Anträge auf Zuschüsse eingehen bzw. bewilligt werden, beantragt Herr Vetter, den Ansatz für 2003 auf 300 € zu reduzieren.

Herr Schiemer spricht sich demgegenüber für eine Anhebung des Ansatzes aus, um den Bürgern einen Anreiz zur Zuschussbeantragung zu geben.

Beschluss (auf Antrag von Herrn Vetter):

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege empfiehlt, den Ansatz der HHSt. 1.580.7180.0 - Zuschüsse für private Baumpflegemaßnahmen - auf 300 € zu reduzieren.

Beratungsergebnis: 1 Stimme dafür (UWG), 12 dagegen, 0 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss (auf Antrag von Herrn Schiemer):

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege empfiehlt, den Ansatz der HHSt. 1.580.7180.0 - Zuschüsse für private Baumpflegemaßnahmen - auf 1.500 € zu erhöhen.

**Beratungsergebnis: 8 Stimmen dafür (CDU, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN),
5 dagegen (SPD, UWG), 0 Enthaltungen**

HHSt. 1.720.1101.2 - Entgelte für die Benutzung des städt. Großhäckslers

Aufgrund des Jahresergebnisses 2002 beantragt Herr Schiemer, den Ansatz auf 7.000 € zu erhöhen.

Beschluss (auf Antrag von Herrn Schiemer):

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege empfiehlt, den Ansatz der HHSt. 1.720.1101.2 - Entgelte für die Benutzung des städt. Großhäckslers - auf 7.000 € zu erhöhen.

**Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür (CDU), 5 dagegen (SPD, UWG),
1 Enthaltung (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)**

VERMÖGENSHAUSHALT und INVESTITIONSPROGRAMM

HHSt. 1.120.9500.4 - Umweltschutzmaßnahmen

Beschluss (auf Antrag von Herrn Schiemer):

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege empfiehlt, den Ansatz der HHSt. 1.120.9500.4 - Umweltschutzmaßnahmen - auf 15.000 € zu erhöhen.

**Beratungsergebnis: 8 Stimmen dafür (CDU, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN),
5 dagegen (SPD, UWG), 0 Enthaltungen**

HHSt. 1.591.9502.3 - Naherholungsgebiet Numbach, Baukosten

Beschluss (auf Antrag von Herrn Schiemer):

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege appelliert an den Kämmerer, bei der HHSt. 1.591.9502.3 - Naherholungsgebiet Numbach, Baukosten - im Rahmen des Jahresabschlusses 2002 nicht verausgabte Mittel als Haushaltsrest in das laufende Haushaltsjahr zu übertragen.

**Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür (CDU), 5 dagegen (SPD, UWG),
1 Enthaltung (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)**

HHSt. 1.690.9500.0 - Ausbau von Wasserläufen

Frau Strunk bittet um einen Sachstandsbericht zu Maßnahmen, die über die genannte Haushaltsstelle abgewickelt werden.

**HHSt. 1.690.3615.2 - Renaturierungsmaßnahmen an Fließgewässern,
Landeszuweisung**

Frau Strunk möchte wissen, worauf die angesetzten Einnahmen in Höhe von 40 T€ basieren.

Herr Winkel sagt die Beantwortung als Anlage zur Niederschrift zu.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege empfiehlt dem Rat der Stadt Siegen, den Entwurf von Haushaltssatzung / Haushaltsplan 2003 einschließlich des Investitionsprogramms 2002-2006 mit den vorstehenden Änderungsempfehlungen zu beschließen.

**Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür (CDU), 6 dagegen (SPD, BÜNDNIS 90 /
DIE GRÜNEN, UWG), 0 Enthaltungen**

30. AfULE 28.01.2003

6. Rahmenplan Oberer Wellersberg

Vorlagenr. 2427/2003 - Vorlage vom 18.12.2002

Herr Weidt informiert, dass ein Teil der Flächen in Privatbesitz ist, so dass ein Umlegungsverfahren notwendig wird. Die Realisierung des 1. Bauabschnittes kann in drei bis vier Jahren erfolgen.

Auf Frage von Frau Strunk führt er aus, dass sich schutzwürdige Flächen nur außerhalb des Bebauungsplangebietes befinden.

Herr Schiemer beantragt einen Aufstellungsbeschluss auf Basis der Variante B vorzubereiten.

Herr Kubosch bittet, das Gebiet zum wiederholten Male genauestens auf Schutzflächen untersuchen zu lassen. Zudem weist er darauf hin, dass eine Nordhangbebauung vermieden werden sollte.

Frau Strunk hat grundsätzlich keine Einwände gegen eine bescheidene Bebauung. Sie sieht keinen weiteren Bedarf für Neubaugebiete in dieser Größenordnung im Stadtgebiet, zumal bis heute der Bedarf nicht nachgewiesen worden ist. Die vorgesehene Größe der Grundstücke ist für viel Familien nicht bezahlbar. Bei dem Gebiet am Wellersberg handelt es sich einerseits um ein Kaltluftentstehungsgebiet und andererseits um ein Naherholungsgebiet. Sie erkundigt sich bei der Verwaltung, ob die Beauftragung eines Gutachtens geplant ist und ob eine Informationsveranstaltung für die Anlieger durchgeführt werden soll.

Laut einem Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung besteht in Deutschland ein sehr großer Wohnungsbedarf, so Herr Schneider. Für die Zukunft ist eine Mietpreissteigerung zu erwarten. Auch die große Arbeitslosigkeit in der Baubranche sollte in die Entscheidung einbezogen werden.

Herr Schiemer weist darauf hin, dass derzeit die vorläufige Planung stattfindet. Bis zur Realisierung wird es noch Jahre dauern. Die Bürgerbeteiligungen wurden bisher immer sehr gewissenhaft durchgeführt. Das Gesamtinteresse muss im Vordergrund stehen, nicht Einzelinteressen der Anwohner im Umfeld des künftigen Baugebietes.

Auf Nachfrage von Frau Strunk, ob die für die Bebauung geplanten Flächen fachgerecht (entsprechend der LÖBF) auf ein Vorkommen von geschützten Biotopen nach dem LG NW untersucht worden sind, teilt Herr Dr. Kraft mit, dass eine Beantwortung der Niederschrift als Anlage beigelegt wird.

Beschlussvorschlag (mit Ergänzung auf Antrag von Herrn Schiemer):

Die Verwaltung wird beauftragt, unter den in der Vorlage genannten Prämissen den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan unter Zugrundelegung der Variante B vorzubereiten.

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 1 dagegen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), 0 Enthaltungen

30. AfULE 28.01.2003

7. Betrieb von erdgasangetriebenen Fahrzeugen

Vorlagenr. 2465/2003 - Vorlage vom 07.01.2003

Frau Fries und Frau Strunk sind der Ansicht, dass ein Versuch gewagt werden sollte, um Erfahrungen zu sammeln.

Bezüglich der eigentlichen Beschaffung kann der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie gegenüber dem Vergabeausschuss lediglich eine fachliche Empfehlung aussprechen, so Herr Heupel.

Beschluss (geändert):

Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie des Rates der Stadt Siegen fordert, dass die Stadt Siegen, beginnend mit dem Fahrzeugbeschaffungsprogramm 2003, bei der Beschaffung von PKW alternative Angebote für Fahrzeuge mit Erdgasantrieb bei der Ausschreibung berücksichtigt. Einer der nächsten anzuschaffenden PKW's wird zu Testzwecken erdgasbetriebtauglich beschafft. Nach zwei Jahren wird dem Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie ein Erfahrungsbericht vorgelegt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 3 Enthaltungen

30. AfULE 28.01.2003

**8. Baumschutz im Stadtgebiet Siegen;
hier: - Jahresbericht der städt. Baumkommission
- Jahresbericht über die Umsetzung der städt. Baumschutzsatzung**

Vorlagenr. 2459/2003 - Vorlage vom 13.01.2003

►►► Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

30. AfULE 28.01.2003

**9. Städt. Bezuschussung von Umweltprojekten;
hier: Sachstandsbericht**

Vorlagennr. 2458/2003 - Vorlage vom 07.01.2003

►►► Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

30. AfULE 28.01.2003

**10. „Grünes Telefon“ und Umweltberatung der Stadt Siegen;
hier: Bericht für das Jahr 2002**

Vorlagennr. 2457/2003 - Vorlage vom 07.01.2003

►►► Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

30. AfULE 28.01.2003

**11. Tätigkeitsbericht 2002 der Zivildienstleistenden in der Abteilung
Umwelt**

Vorlagennr. 2456/2003 - Vorlage vom 08.01.2003

►►► Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

30. AfULE 28.01.2003

**12. Sitzung der städtischen Baumkommission am 19.12.2002;
hier: Beschlussempfehlungen**

Vorlagennr. 2462/2003 - Vorlage vom 13.01.2003

Herr Kubosch möchte die Arbeit der Baumkommission keinesfalls in Frage stellen. Zu TOP 16 der Niederschrift entgegnet er aber, dass eine Fällung der Linden nicht notwendig ist. Diese Auffassung wird durch einen von ihm befragten Sachverständigen geteilt. Im Alter werden viele dieser Bäume von innen hohl, stellen aber kein Risiko dar. Er beantragt daher, die Möglichkeit des Erhaltes der Bäume durch ein externes Gutachten überprüfen zu lassen.

Nach Auskunft der Verwaltung hat die Kommission alles Erdenkliche zum Schutz dieser Bäume unternommen, so dass Herr Schiemer dem Antrag nicht zustimmen kann.

Herr Düber weist auf das Risiko hin, dass die Bäume vor Jahren bei Straßenarbeiten an ihren Wurzeln beschädigt worden sein könnten. Diesen Schaden zeigte bereits

ein im Brüderweg umgestürzter Baum.

Beschluss (auf Antrag von Herrn Kubosch):

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Landschaftspflege beschließt, die Möglichkeit des Erhaltes der zwei Linden im Brüderweg durch einen Sachverständigen überprüfen zu lassen.

**Beratungsergebnis: 1 Stimme dafür (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), 11 dagegen,
0 Enthaltungen**

Damit ist der Antrag abgelehnt.

▶▶▶ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

30. AfULE 28.01.2003

13. Mitteilungen des Bürgermeisters

Betriebsunfall bei der Firma Gontermann & Peipers

Die Ausführungen von Herrn Brune sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

30. AfULE 28.01.2003